

Vorsitzender: Theo Keck
Geschäftsstelle: Silberburgstr. 158
70178 Stuttgart
Tel: 0711 741094 Fax: 0711 741096
E-Mail: info@leb-bw.de
www.leb-bw.de

An das

Ministerium für Kultus, Jugend und Sport

Baden-Württemberg

Postfach 10 34 42

70029 Stuttgart

**Stellungnahme des 16. Landeselternbeirates zur Neuregelung der
„Verordnung der Landesregierung über die Arbeitszeit der beamteten Lehrkräfte an
öffentlichen Schulen in Baden-Württemberg“ und der
„Verwaltungsvorschrift Anrechnungsstunden und Freistellungen“ sowie der
Verordnung zur „Arbeitszeit der Lehrer an öffentlichen Schulen“**

In seiner Sitzung vom 11.12.2013 wurden dem Landeselternbeirat Änderungen an Verordnungen und Verwaltungsvorschriften vorgestellt, die sich auf Grund des neuen Personalvertretungsgesetzes ergeben. Besonders eingehend hat der LEB hierbei zwei Punkte diskutiert und beraten: die Altersermäßigung und die Anrechnungsstunden/Freistellungen.

Allein die Änderungen bei den Anrechnungsstunden/Freistellungen bezüglich der Personalvertretung werden 200 Deputate zusätzlich in Anspruch nehmen – 200 Deputate, die nicht mehr für Unterricht und SchülerInnen zur Verfügung stehen. Nachdem bereits erhebliche Einsparungen bezüglich Lehrerstellen beschlossen wurden, stellt sich hier die Frage, inwieweit Unterrichtsversorgung und pädagogischer Anspruch weiterhin gewährleistet werden können.

Die Diskussion um Altersermäßigung und Anrechnungsstunden hat nun auch die Baden-Württembergische Öffentlichkeit erreicht. Der überwiegende Teil der Bevölkerung empfindet die Lehrkräfte an öffentlichen Schulen in unserem Land als privilegiert. Arbeitsplatzsicherheit, Lehrdeputate von 25 – 29 Stunden die Woche und der Umstand, dass in Baden-Württemberg jeder zweite Schultag ein Ferientag ist, lassen in der öffentlichen Meinung daran zweifeln, ob das Lehrerlamento der Überbelastung gerechtfertigt ist. Ein durchschnittlicher Angestellter in der „freien“ Wirtschaft verfügt über diese Privilegien nicht und finanziert mit seinen Steuern diese Lehrergehälter.

Vor diesem Hintergrund stimmt der LEB den geänderten Regelungen bei der Altersteilzeit zum einen zu und fordert das Kultusministerium aber auch auf, die Arbeitsplatzsituation der Lehrer zu überprüfen und zu überprüfen, wie es um die Überlastung der Lehrer wirklich steht.

Den Änderungen bei den Anrechnungstunden stimmt der LEB unter der Bedingung zu, dass die dem Unterricht verloren gehenden 200 Deputate voll umfänglich und zeitnah ersetzt werden.

Der Landeselternbeirat ist entsetzt und äußert verärgert darüber, dass die Landesregierung nach den ersten schmerzhaften Einsparungen in diesem Schuljahr, nun sozusagen „durch die Hintertür“ eine weitere Reduzierung der Unterrichtsversorgung um 200 Deputate durchsetzt, ohne für Ersatz zu sorgen.

Dem Landeselternbeirat und den Eltern im Land wird dadurch eindrücklich klar, daß die Landesregierung zwar zum Dialog mit den Lehrverbänden bereit ist und diesen auch mit gesetzlichen Regelungen entgegen kommt, die Eltern und Elternverbände aber mit Serienbriefen abspeist, wenn sich die Landesregierung weiter daran macht, ihre Wahlversprechen und die Versprechen aus dem Koalitionsvertrag zu brechen.



Dr. Carsten T. Rees
stellvertretender Vorsitzender
des 16. Landeselternbeirats

Freiburg, den 17.12.2013